

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,  
bevor ich zu meinen Ausführungen komme, möchte ich darum bitten, diese  
Stellungnahme dem Abschlussbericht beizufügen. Nach dem zuvor Gehörten dürfte  
das ja nun unproblematisch sein.

Von Seiten des Piraten, Jürgen Hansen, ist der Antrag gestellt worden, den  
Ausschuss zur Untersuchung des Jugendamtsskandals aufzulösen. Gleichzeitig soll  
über den von der Verwaltung vorgelegten Abschlussbericht abgestimmt werden.  
Über beide Themen ist am 01.07.2016 im Ausschuss auch diskutiert worden. Nur die  
SPD hat dem zugestimmt (J.Hansen war nicht stimmberechtigt) und hat sich mit ihrer  
absoluten Mehrheit durchgesetzt. Eine absolute Mehrheit in einem  
Untersuchungsausschuss ist schon etwas mehr als nur ein Geburtsfehler. Es  
bedeutet die Möglichkeit, wie jetzt geschehen, die Sache, wann immer und weshalb  
auch immer, zu beenden.

DIE LINKE hat keinen Hehl aus der Tatsache gemacht, dass man sich von der  
Einrichtung eines solchen Ausschusses nicht wirklich viel versprochen hat. Wenn  
man sich anschaut, wie selbst parlamentarische Untersuchungsausschüsse im Bund  
zur NSU- und NSA-Affäre von der Regierung, der Verwaltung und den  
Geheimdiensten vorgeführt werden, dann sollte man nicht allzu viele Hoffnungen  
haben, dass ein kommunaler Untersuchungsausschuss zum Jugendamtsskandal die  
Wahrheit ans Licht bringen wird - zumal ein solcher Ausschuss auf kommunaler  
Ebene wesentlich weniger Kompetenzen und Zugriffsrechte hat. Zeugen müssen  
nicht aussagen, es wird gemauert und nur eingeräumt, was ohnehin bereits  
bewiesen werden konnte.

DIE LINKE hat sich jedoch trotz all dieser Überlegungen und Bedenken gegen eine  
Beendigung des Ausschusses ausgesprochen, nachdem man sich nun einmal  
entschlossen hatte ihn einzusetzen und dem sogenannten Abschlussbericht die  
Zustimmung verweigert. Hier geht es nicht um ein Nachkarten, sondern darum,  
bestimmte Dinge für die Zukunft zu klären.

Dieser Abschlussbericht ist aus unserer Sicht ein Armutzeugnis. Er besteht in Teilen  
aus Übernahmen aus Protokollen. Er gibt nicht nur die unterschiedlichen  
Standpunkte unzureichend wieder, nein, er ist auch an vielen Stellen sachlich falsch;  
unter anderem wenn behauptet wird, dass die Überbelegung für die Mitarbeiter des  
Jugendamtes nicht erkennbar war oder, dass eine Absprache zwischen  
Jugendamtsleitung und St. Josef nicht nachgewiesen werden konnte; **eine Wertung**,  
die, denken wir an die Aussage des Herrn Weingarten, nicht nur falsch ist, sondern  
der Verwaltung auch nicht zusteht. Dass vergessen wurde zu erwähnen, dass der  
Antrag der Linken auf Akteneinsicht abgelehnt wurde, zeigt, dass zudem noch  
oberflächlich, um nicht zu sagen schlampig, gearbeitet wurde. Wie auch bei der  
zuletzt nicht beantworteten Anfrage der Linken, die jetzt, nach der wahrscheinlichen  
Beendigung des Ausschusses, bearbeitet wird. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Nichts lesen wir auch über die personelle Verflechtung des Kinderschutzbundes mit  
dem Jugendamt und dem damit einhergehenden ständigen Ausbau von bezahlten  
Dienstleistungen; vor allem aber auch nichts oder so gut wie nichts, über  
Perspektiven, darüber wie Strukturen geändert werden müssen, damit es in Zukunft  
nicht mehr möglich ist, dass eine autoritäre und betrügerische Jugendamtsleitung die  
Jugendhilfe in Gelsenkirchen manipuliert. In dem Kapitel: *Geänderte Arbeitsabläufe*  
werden uns dann kosmetische Reparaturen und Selbstverständlichkeiten angeboten.

Wie gesagt, das ist kein Abschlussbericht, sondern eine Bankrotterklärung, ein Armutszeugnis .

Nach Meinung der Linken hat der Ausschuss seine Arbeit noch lange nicht beendet, da noch wesentliche Fragen offen geblieben sind.

Erstens: die Frage nach der Rolle des Kinderschutzbundes.

Wenn eine Organisation, mit den damaligen personellen Verflechtungen zum Jugendamt ihre Tätigkeit dermaßen ausweitet (von 1089 Fachleistungsstunden in 2007 auf 27312 Stunden in 2014) stellt sich schon die Frage, ob es dort Zusammenhänge gibt. Und es stellt sich natürlich auch die Frage nach der Qualität der Leistungen, die dort erbracht worden sind.

Zweitens ist die Frage offen geblieben, warum die Manipulationen mit der Überbelegung auch nach Schließung von **Neustart** weitergingen. Dass dies kein bloßer Freundschaftsdienst war, liegt auf der Hand. Was es dafür womöglich **in** die Hand gab, auch das ist nicht geklärt. Auch wenn der Ausschuss bei solcher Art Aufklärungsarbeit seine Grenzen hat, sollte man zumindest versuchen, den richtigen Leuten die richtigen Fragen zu stellen.

Drittens hat ein Ausschuss, der keine Perspektiven für die Zukunft aufzeigt, **seine Arbeit noch nicht gemacht** und für die Jugendamtsmitarbeiter, die viele Jahre unter einer bekanntermaßen extrem autoritären Leitung, dem System Wissmann, gelitten haben, auch nichts Positives bewegt.

Und hier spielen die besonderen Strukturen beim *Sozialen Dienst* des Jugendamtes Gelsenkirchen die entscheidende Rolle; Strukturen, wie sie - aus guten Gründen - sonst bei keinem Jugendamt üblich sind und seit Jahrzehnten, nach Aussagen einiger Experten nicht mehr state of play sind und die die Manipulationen erst möglich gemacht haben. Im Nachhinein betrachtet, waren sie auch sicherlich dazu da, um derartige Manipulationen zu ermöglichen. Überall sonst ist es üblich, dass der zuständige Jugendamtsmitarbeiter für einen Fall in seiner vollständigen Abwicklung zuständig bleibt, in Gelsenkirchen muss er den Fall z.B. bei einer Unterbringung an einen besonderen *Sozialen Dienst* abgeben, entscheidet also nicht mehr weiter, was mit dem Kind geschieht. Damit ist ihm das weitere Schicksal des Kindes aus der Hand genommen. Dadurch wird Beziehungsarbeit kaputt gemacht, Reibungsverluste entstehen, wertvolle Ressourcen werden vernichtet. Dies alles wurde in Kauf genommen, damit eine Belegungspolitik im Sinne der Amtsleitung erfolgen konnte.

Hier ist es aus unserer Sicht ganz klar, dass der Ausschuss entsprechende Empfehlungen erarbeiten muss. Dazu muss er natürlich weiter existieren.

DIE LINKE regt daher an, eine Arbeitsgruppe zu implementieren, die gezielt mit den Mitarbeitern des Jugendamtes, also den eigentlichen Fachleuten und Experten für dieses Thema, die Vorgänge intern aufarbeitet und neue Strukturen erarbeitet, damit fürderhin ähnliche Vorgänge unmöglich werden. Auch, wenn die LINKE kein Freund von externem Sachverstand ist, würden wir in einem solchen Fall, wo mit solch krimineller Energie gearbeitet worden ist, die Hinzuziehung von Nichtbeteiligten befürworten, so zum Beispiel von seriösen Instituten, wie dem Institut von Prof. Hinte oder dem ISA, dem Institut für soziale Arbeit.

Bei all dem politischen Gezerre sollte man eines nicht vergessen und das ist uns in einigen Stellungnahmen zu kurz gekommen: **Es geht um das Schicksal von Kindern, deren Wohl und Wehe hier im Mittelpunkt stehen muss!**

Deswegen stellt die LINKE nachfolgenden Antrag:

1. Die Einberufung einer Untersuchungskommission, zusammengesetzt aus Vertreter\*innen der Verwaltung, des Personalrates, der Fraktionen und eines externen Beraters, die die Strukturen beim Jugendamt untersucht, analysiert und feststellt, welche Maßnahmen/ Veränderungen ergriffen bzw. vorgenommen werden müssen, um zukünftig einen Missbrauch - wie in der Vergangenheit geschehen - zu vermeiden.
2. Die Aufhebung der Praxis des stetigen Wechsels von Sozialarbeiter\*innen bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen.
3. Zu überprüfen, ob die Compliers Regeln der Stadt Gelsenkirchen noch aktuell sind oder ob hier Verbesserungen und/oder Anpassungen stattfinden müssen, um zukünftigen Missbrauch zu verhindern.

Die Begründung ergibt sich aus dem zuvor Gesagten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Bettina Angela Peipe

(Es gilt das gesprochene Wort.)